

18. Mai 2001

VP-Klubobmann Schneeberger zur Zweitwohnsitzerabgabe

„Diskussion führt zur Verunsicherung der Bürger“

Die Einführung einer Zweitwohnsitzerabgabe kommt für VP-Klubobmann Mag. Klaus Schneeberger nicht in Frage. Eine derartige Forderung würde nur verunsichern und sei in der derzeitigen Situation, der Phase der Volkszählung, geradezu unverantwortlich. Immerhin gebe es allein in Niederösterreich rund 320.000 Zweitwohnsitzer, bei denen diese Forderung auf Unverständnis stoße. Auch Vergleiche mit anderen Bundesländern würden „hinken“, meinte Schneeberger. Dort würden die Zweitwohnsitzer für ihre Ferienwohnung vielmehr eine Tourismusabgabe bezahlen. Sehr wohl ist sich Schneeberger im Klaren, dass Gemeinden mit einem hohen Anteil an Zweitwohnsitzern bei der Aufteilung der Ertragsanteile benachteiligt sind. Hier bestehe Handlungsbedarf, steht für Schneeberger außer Frage. Immerhin bekommen die Gemeinden pro Ummeldung vom Zweit- auf Hauptwohnsitz pro Finanzausgleichsperiode durchschnittlich 70.000 Schilling. Der VP-Klubmann kann sich außerdem eine Unterstützung jener Gemeinden vorstellen, die nur um wenige Stimmen den Sprung zur nächsten Einwohnergrenze verpassen und somit um viel Geld umfallen. Hier müsse man sich aber sehr genau den Grund dafür anschauen. Wer selbst Schuld daran sei, werde natürlich keine Unterstützung bekommen.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at